

Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells), H. Bachmann in Berlin \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Marktplatz 21 200 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 200, 15 201, 15 232 bis 15 232

Die letzten Beratungen des Viererrats.

Bevorstehende Entscheidungen.

Meldung der Agence Havas.

Paris, 11. Juni.

Diplomatischer Bericht. Die Regierungschefs haben gestern mit der Prüfung der Schlussforderungen, die die Sonderausschüsse zu verschiedenen Artikeln des deutschen Gegenentwurfes eingereicht haben. Am Vormittag wurde der Bericht der Schadenersatzkommission erörtert. Man scheint sich einer Lösung zu nähern, die den Vorschlägen der Sachverständigen Rlog und Loucheur entspricht, die sich gegen die Festsetzung einer bestimmten Entschädigungssumme ausgesprochen haben, während die Amerikaner verlangen, daß in dem Vertrage die Zahl von 100 Milliarden Goldmark nebst Zinsen festgelegt werde.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wurde gestern noch nicht erörtert, dagegen wird sie zweifellos heute zur Sprache kommen. Clemenceau wird mit Entschiedenheit den französischen Standpunkt vertreten, wonach die endgültige Aufnahme Deutschlands durchaus unerwünscht wäre, durch die Unbesiegte, Angreifer und Opfer auf die gleiche Höhe gesetzt würden. Clemenceau wird betonen, daß mindestens eine bestimmte Frist abgewartet werden müsse, um die aufrichtig friedliche Gesinnung Deutschlands festzustellen. Alle Wahrscheinlichkeit nach wird schließlich diese Absicht durchdringen.

Bezüglich des polnisch-deutschen Grenzproblems scheint eine Lösung bevorzustehen, wonach eine Art gemischte Volksabstimmung durchgeführt werden soll.

Man hoffte, die Antwort auf die deutschen Gegenentwürfe am Freitag, dem 13., überreichen zu können. Präsident Wilson begibt sich an diesem Tage nach Belgien. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird voraussichtlich endgültiger Natur sein, und der deutschen Delegation wird keine Gelegenheit zu Diskussionen mehr gegeben werden. Die deutsche Delegation wird eine Frist von höchstens acht Tagen erhalten, um nach Berlin zu fahren, sich mit der Regierung zu besprechen und sodann die Antwort bekanntzugeben.

os Rotterdam, 11. Juni.

„Dass Telegraph“ meldet unter dem gestrigen Datum aus Paris: „Die Lage ist heute beunruhigend. Es scheint wahrscheinlich, daß die Arbeiten der Konferenz bis zum letzten Augenblick unter der Unsicherheit von innen, unter Mißverständnissen und Beschuldigungen von außen zu leiden haben werden. Die Hauptursache der Verwirrung sind nicht so sehr die Meinungsverschiedenheiten im Rate der Vier, sondern eine Machtlosigkeit, hervorgerufen durch die Erbitterung und Ermüdung der Welt. Die Widerstandskraft der Franzosen scheint durch allgemeine Unzufriedenheit zu leiden. Nach langer Unterredung hat Clemenceau wieder eine schlechte Presse. Ein anderes Mitglied des Rates der Vier (Wilson), dessen Freiheit bisher unbeschränkt war, wird durch das Auftreten seiner politischen Gegner behindert. In gewisser Hinsicht befinden sich Wilson und Clemenceau in derselben Lage. Ihre persönlichen Freunde sind geneigt, zu verurteilen, ohne zu hören. Besitzt aber Wilson auch nicht die Macht, seine eigene Politik zu erörtern, so kann er wenigstens jede andere Politik verhindern.“

Widerstände gegen Wilson.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 11. Juni.

Nach einer Neutermeldung aus Washington brachte Senator Rucg im Senat eine Entschließung ein, in der erklärt wird, daß der Senat sich mit den Bestimmungen des Völkerbundentwurfes nicht einverstanden erklären könne. Die Entschließung verlangt, daß die Völkerbundangelegenheit vom Friedensvertrag getrennt werde, damit jede Nation ihre Beschüsse über den Völkerbund ohne jeden Vorbehalt und ohne jedes Vorurteil fassen könne. Die Entschließung will weitere Erwägungen dem Senatsausschusse für auswärtige Angelegenheiten überlassen. Neuter betont zum Schluß, es verlaute, die Entschließung des Senats sei eine offizielle Kundgebung an die Friedenskonferenz, daß der Senat den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form nicht gutheißen werde.

Washington, 10. Juni. (Havasmeldung.)

Der Präsident des Repräsentantenhauses ist gegen den Vortrag, daß England und die Vereinigten Staaten Frankreich im

Falle eines deutschen Angriffes Hilfe leisten sollen. Er erklärt: „Wenn der Völkerbund den Weltfrieden sichern soll, dann ist ein englisch-französisch-amerikanisches Nebenbündnis unnütz, da es nur das Mißtrauen gegen die Wirksamkeit des Völkerbundes beweisen würde. Wenn diese drei Länder ein besonderes Bünd-

nis schließen, warum sollen dann Deutschland, Rußland und Japan nicht in Gleiches tun?“

Alle Senatoren haben, einem Reuterbericht zufolge, ein Exemplar des Friedensvertrages erhalten, der heute als Kongreßbericht veröffentlicht und den Zeitungen zugestellt wird.

Das neue deutsche Weißbuch.

Artenstücke über die Kriegsabsichten Serbiens und Rußlands.

Das Auswärtige Amt hat, wie wir im Vortitel der „Wossischen Zeitung“ vom 10. Juni, Morgenausgabe, angekündigt haben, ein „Weißbuch“ betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am „Kriege“, herausgegeben.

Das Weißbuch enthält in seinem ersten Teil den Notenwechsel zwischen der deutschen und der feindlichen Friedensdelegation, den Bericht der feindlichen Schuldkommission und die deutsche Denkschrift über die Schuld am Kriege, die den feindlichen Regierungen überreicht worden ist. Der Bericht der feindlichen Schuldkommission ist nicht im ganzen Umfang wiedergegeben worden. Die Absätze, die die Schuld am Kriege betreffen, sind ausgezogen, die anderen Teile, die die Schuld während des Krieges behandeln, fortgelassen worden. Es handelt sich also um einen Auszug aus dem französischen Bericht, der 80-90 Druckseiten umfaßt.

Der zweite Teil des deutschen Weißbuches enthält Dokumente befehlender und offensiver Natur. Die Anlagen 1-3 bringen bisher unbekanntere Mitteilungen über die militärischen Vorbereitungen, die Anlagen 4-5 widerlegen von feindlicher Seite verbreitete Legenden, so über den Potsdamer Kronrat. In den Anlagen 6-11 wird dann offen gegen die feindlichen Anlagen vorgegangen durch die Veröffentlichung von russischen, serbischen usw. Gesandtschaftsberichten und anderen Dokumenten, aus denen sich die aggressiven Absichten Serbiens und Rußlands lange vor Kriegsausbruch ergeben.

Erläuternd wird von ausländischer Seite bemerkt, daß das einstweilige Fehlen von Beweisen für die Kriegsschuld der Westmächte nicht etwa bedeutet, die deutsche Regierung glaube nicht an eine solche Kriegsschuld. Derartige Beweise könnten später noch beigebracht werden. Einstweilen haben sich die von der Regierung beauftragten Männer darauf beschränkt, die Kriegsschuld der slawischen Staaten festzustellen. Im folgenden werden zwei charakteristische Dokumente mitgeteilt: Ein Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London Dr. Gruitch an den serbischen Ministerpräsidenten vom Jahre 1911; ein Telegramm des serbischen Gesandten in Rußland (1913) und (im Auszug) der Bericht des Ministerpräsidenten Paschitsch aus Petersburg über seine Unterredung mit dem Zaren vom 2. Februar 1914.

Serbische Gelandtschaftsberichte.

14. Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London, Dr. Gruitch, vom 8./21. September 1911, Nr. 144, an den Ministerpräsidenten Dr. Milowanowitsch in Belgrad.

London, 8. September 1911.

Herr Ministerpräsident!

Der hiesige französische Botschafter Paul Cambon ist dieser Tage aus Paris zurückgekehrt, wohin er während der letzten zwei Monate zum Bericht und Ratfragen über Marokko öfter gereist war. Vor zwei Tagen hat er im Gespräch mit einer hiesigen Persönlichkeit seine Ansichten über die gegenwärtige Situation und ihre Weiterentwicklung dargelegt. Ich beehre mich, Sie mit diesen seinen Äußerungen bekanntzumachen, die mir von sehr zuverlässiger Seite vertraulich mitgeteilt worden sind. Herr Cambon meint, daß die jetzigen Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden, um das irgend eine Verständigung mit Deutschland erzielt werden wird. Aber durch diese Verständigung werden nicht und können nicht für längere Zeit die Gefahren beseitigt werden, welche von der draufgängerischen Politik Deutschlands drohen. Das Resultat dieser Verständigung wird nur ein Aufschub des Krieges um drei bis vier Jahre sein.

Wenn aber wider Erwarten die jetzigen Verhandlungen abgebrochen werden sollten, dann wird Frankreich eine Konferenz vorschlagen, welche Deutschland ablehnen wird. Darauf werden gespannte Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eintreten, die unvermeidlich im zukünftigen Frühjahr zu einem Kriege führen werden. Frankreich ist sich bewußt, daß ihm in jedem Falle der Krieg ausgemessen werden wird. Aber

Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst am den Preis größerer Opfer der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden müsse, d. h. auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglich ist — als die Reorganisation des Oberkommandos, welche noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Rußland notwendig. Nur England wird davon keinen Vorteil haben. Denn mit jedem Jahre verringert sich die Ueberlegenheit seiner Flotte über die deutsche; aber dennoch rät England im Hinblick auf die Vorbereitung seiner Verbündeten Frankreich an, sich für jetzt mit Deutschland zu verständigen.

Telegramm des serbischen Gesandten Popowitsch in St. Petersburg an das Ministerium des Äußern in Belgrad vom 20. April/12. Mai 1913.

(Der Gesandte meldet ein Gespräch mit dem russischen auswärtigen Minister Sazonow, welcher Serbien in seinen Differenzen mit Bulgarien Nachgiebigkeit anrät. Neben anderen Ausführungen heißt es zum Schluß der Depesche wörtlich wie folgt:)

Wiederum sagte er (Sazonow) mir, daß wir für die künftige Zeit arbeiten müssen, wann wir viel Land von Oesterreich-Ungarn bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Bitolia den Bulgaren schenken werden, wenn wir Bosnien und andere Länder bekommen werden.

Popowitsch.

Der Zar und Paschitsch.

Bericht des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch aus Petersburg.

Petersburg, den 2. Februar 1914.

Wichtige Äußerungen im Gespräche mit dem Zaren bei meiner Audienz.

Ich legte dem Zaren die Politik Serbiens dar, welche darin besteht, daß der Frieden auf dem Balkan erhalten bleibt, und daß neue Bewwicklungen vermieden werden, denn Serbien benötigt den Frieden, um sich zu erholen und sich von neuem zur Verteidigung der serbischen Staatsinteressen zu rüsten. Ich legte auch die Schwierigkeiten dar, auf welche Serbien bei der Verfolgung seiner friedlichen Politik stößt. Unzufrieden sind Bulgaren, die Türkei und Oesterreich. Die Türkei, weil sie den Krieg mit den Balkanstaaten verloren hat, Bulgarien, weil es nicht alles das, was es wollte, behalten oder erhalten konnte, und Oesterreich, weil es die Aussicht auf den Vorstoß nach Saloniki verloren hat. Aus diesem Grunde will die Türkei keinen Frieden mit Serbien schließen, droht den Griechen und verlangt die Inseln, unterhält die Strömung in Albanien, welches einen muslimanischen Fürsten will, und schließt einen Vertrag mit Bulgarien. In dem allen wird sie (die Türkei) von Oesterreich unterstützt — der Zar fügte hinzu: auch von Deutschland.

Adante der Frieden zustande kommen, so würde Paschitsch, wie er in folgendem mitteilte, darauf hinarbeiten, daß Orienland einen Konflikt mit der Türkei vermeide, der Türkei und Bulgarien keine Anleihen bewilligt werden, Albanien von geringen Truppenkontingenten der Großmächte besetzt wird und Rumänien bemogt wird, entschlossener auf die Seite Serbiens und Rußlands zu treten.

Darauf antwortete der Zar: Man habe Vertrauen zur neuen rumänischen Regierung, daß sie sich möglichst eng an Rußland anschließen wird; er glaube, es werde nicht dahin kommen, daß der bulgarische Frieden in Frage gestellt werde, aber auch er gebe zu, daß man in dieser Richtung tätig sein müsse. Bei dieser Gelegenheit erwähnte ich, daß ich zur Zeit meines Aufenthaltes in Bukarest eine Zusammenkunft mit Bratianu von der Idee eines Bündnisses mit Orienland und Serbien ganz begeistert war, und daß ich über Bukarest heimzulehren beabsichtige, um zu sehen, ob Bratianu bei seiner Bereitwilligkeit und seinen Ansichten geblieben ist, die er mir enthüllte, als ich in Bukarest war. Der Zar sagte, das wäre sehr gut, und daß Rumänien im